

Handelsblatt  
11.02.10

DER POLITISCHE GASTKOMMENTAR

# Nation-Building in Berlin: Bürger an die Front

**B**rennende Autos, zahlreiche Fälle von Kindervernachlässigung und allgemeine Entfremdungsgefühle in deutschen Städten, besonders in Berlin: Die Probleme scheinen dort, wo viele Menschen leben, die als „nicht integriert“ gelten, am schwierigsten zu sein. Politiker entdecken diese Themen wieder, halten Pressekonferenzen ab, legen Programme auf und suchen verlegen nach Beispielen gelungener Arbeit. Andere hingegen suchen Sündenböcke wie Migranten und Arbeitslose. Nur wenige reden von den Bedürfnissen der Bürger selbst.

Wie merkwürdig: In Afghanistan legen deutsche Politiker besonderen Wert auf die Stärkung der Zivilgesellschaft. Zu Hause fällt es ihnen sehr schwer, dieselben Methoden zu unterstützen. Organisationen wie zum Beispiel das Deutsche Institut für Community Organizing (DICO) arbeiten schon seit einigen Jahren darauf hin, genau diesen Ansatz anzuwenden. Aber noch misstrauen ihnen viele, die glauben, dass allein der Staat und eine Meinungselite agieren dürfen. Anstatt mit einer seriösen und organisierten Zivilgesellschaft auf Augenhöhe die Aufgaben zu teilen, erschweren zu viele Beamte und Politiker diese Organisationen die Arbeit.

Gewiss, Kriminalität ist in manchen Gegenden mit einem größeren Migrantenanteil überdurchschnittlich hoch. Aber Sachbeschädigung und Gewalt in der Familie sind genauso häufig unter Deutschstämmigen, die sich machtlos angesichts ihrer persönlichen Probleme und Frustrationen fühlen.

Integration wird oft nicht im positiven Sinn als gemeinschaftsfördernd gedacht, sondern negativ als Forderung gegenüber denen, die irgendwie nicht Teil der Mehrheitsgesellschaft sind. Es gibt Forderungen, Immigration auszusetzen, bis die bereits in Deutschland lebenden Migranten „integriert“ seien. Sie werden aufgefordert, Teil der deutschen Kultur zu werden. Das wird als Bringschuld der Migranten gesehen oder soll mit Sanktionen erzwungen werden.



**John Kornblum**

**Integration funktioniert nur, wenn sie nicht als Forderung daherkommt. Alle Bürger einer Nachbarschaft müssen ihr Gemeinwesen aufbauen.**

Integration funktioniert vielleicht noch langsamer als die Prozesse, die zur Desintegration geführt haben. Community-Organizing lebt von der Überzeugung, dass möglichst viele Menschen die Gesellschaft gestalten und Verantwortung dafür übernehmen sollten. Der berühmteste Community-Organizer der Welt, Barack Obama, begann seine Laufbahn, indem er genau das praktizierte, um in Chicago ein Gemeinwesen aufzubauen. Die Parole „Change we can believe in“ hat dort ihren Ursprung, nicht in seiner Wahlkampagne.

DICO ist an die Wurzeln der Probleme in Berliner Stadtteilen wie Schöneweide, Wedding und Moabit herangegangen. Mehr als tausend Menschen mit deutschen, türkischen, arabischen, russischen und polnischen Wurzeln gründeten im November 2008 die Bürgerplattform „Wir sind da!“ in Wedding und Moabit. Am Gründungsabend standen diese Menschen auf der Bühne, viele von ihnen zum ersten Mal in ihrem Leben, stellten sich und ihre Organisationen vor und erzählten von den Problemlagen in den Alt-Bezirken der Berliner Mitte, die so gar nicht in das Se-

natskonzept der neuen Hauptstadtmitte passen wollen. Seither bringen sie erfolgreich Politik und Verwaltung in Bewegung, um die bisher verheerenden Bedingungen im Job-Center erheblich zu verbessern oder der Verwahrlosung des öffentlichen Raums entgegenzuwirken. Ihre Schwesterplattform im alten Industriestandort Schöneweide im Ostteil Berlins hat schon vor mehreren Jahren diesen Weg beschritten, um sich erfolgreich für die Standortkonzentrierung der Hochschule für Technik und Wirtschaft in den renovierten Industriebrachen einzusetzen.

Das sind genau die Methoden, die viele deutsche Politiker für den Einsatz in Afghanistan fordern: der Aufbau eines funktionierenden Gemeinwesens mit Gruppen, die sich gegenseitig misstrauen, sich gar hassten. Das Vertrauen zwischen unterschiedlichen Fraktionen und den Autoritäten soll langsam wachsen. Polizeimethoden sollen dem Aufbau des Gemeinwesens weichen. Deutschland braucht nicht nur öffentlich-privatwirtschaftliche Partnerschaften, sondern auch Partnerschaften mit starken und selbstbewussten zivilgesellschaftlichen Akteuren, um diese Herausforderung zu meistern. Community-Organizing dient diesen Zielen, indem es eine neue Form der Bürgergesellschaft konkretisiert.

Wer bei einer der Versammlungen einer Bürgerplattform des DICO anwesend war, spürt, wie stolz die Teilnehmer unterschiedlicher Kulturen und Weltanschauungen auf die Ergebnisse ihrer Kooperation sind. Sie sind keine reichen, manchmal auch keine glücklichen Menschen, aber sie verbrennen keine Autos und malen keine Hakenkreuze. Sie sind damit beschäftigt, oft entgegen landläufigen Vorurteilen, ihr Gemeinwesen lebenswürdiger zu gestalten, anstatt es zu zersetzen.

**John Kornblum war US-Botschafter in Deutschland, Leo Penta leitet das Deutsche Institut für Community Organizing (DICO) in Berlin.**

Sie erreichen die Autoren über:  
[gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)